



An den Grossen Rat

14.5485.02

PD/P145485

Basel, 14. Januar 2015

Regierungsratsbeschluss vom 13. Januar 2015

Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend „Wer bezahlt die Kosten für die Integration von Ausländern“

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Eric Weber dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

Udo Ulfkotte schreibt in seinem Buch "Armut für alle im lustigen Migrantenstadl" folgendes: "Heute sind es oftmals unsere Gastarbeiter, die vor unseren Haustüren die dicksten Autos fahren. Heute sieht man an jedem Busbahnhof, an jedem europäischen Bahnsteig und auf jedem Autobahnrastplatz nicht etwa Gastarbeiter, sondern ethnische Europäer, die in den Müllcontainern nach Verwertbarem Ausschau halten: Pfanddosen oder -flaschen etwa. Unsere zugewanderten "Potenziale" und ihre Nachkommen sind bestens versorgt, während immer mehr ethnische Europäer ums nackte Überleben kämpfen. Darüber hinaus greifen immer mehr dieser zugewanderten "Potenziale" uns in zunehmender Zahl an, machen uns zu Menschen zweiter Klasse in unserer eigenen Heimat. Aus Gastarbeitern werden immer häufiger dreist abkassierende Mitesser und brutale Schläger, die uns in steigender Tendenz bedrohen. Jeder "Einzelfall" verursacht Kosten. Kosten, über die wir uns als Gesellschaft bisher nie Gedanken gemacht haben."

In diesem Zusammenhang folgende Fragen, da es bald auf die Nationalrats- und Grossratswahlen wieder zu geht. Damit der Wähler auch weiss, was die Regierung sagt und will:

1. Wer bezahlt in Basel die Folgekosten der Integration?
2. Warum kann der Kanton nicht Firmen wie UBS, Novartis oder Roche, Folgekosten der Integration aufbrummen?
3. Welche Vorteile sieht die Regierung an der Masseneinwanderung? Bitte ehrlich antworten.
4. Welche Nachteile sieht die Regierung an der Masseneinwanderung?

Eric Weber

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wer bezahlt in Basel die Folgekosten der Integration?

Die Kosten für die spezifischen Integrationsfördermassnahmen der verschiedenen Departemente sowie der Fachstelle Diversität und Integration werden mit kantonalen Geldern und Bundesmitteln, im Rahmen des Kantonalen Integrationsprogrammes (KIP), bezahlt.

2. Warum kann der Kanton nicht Firmen wie UBS, Novartis oder Roche, Folgekosten der Integration aufbrummen?

Gemäss kantonalem Integrationsleitbild sowie kantonalem Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung wird Integration als gesamtgesellschaftlicher Prozess definiert, für den sowohl Einheimische als auch Zugezogene mitverantwortlich sind. Bei der Integrationsförderung arbeitet der Kanton mit den Gemeinden, verschiedensten zivilgesellschaftlichen Akteuren aber auch Arbeitgebenden zusammen. Die Mehrheit der oben genannten Unternehmen investiert bereits in die

Integration ihrer ausländischen Mitarbeitenden wie der Regierungsrat in seinem Schreiben vom 9. Juli 2014 (Geschäft 14.5200: <http://www.grosserrat.bs.ch/dokumente/100378/000000378508.pdf>) bereits erläutert hat.

3. Welche Vorteile sieht die Regierung an der Masseneinwanderung? Bitte ehrlich antworten.

Die Einwanderung in den Kanton Basel-Stadt wird durch verschiedene Faktoren beeinflusst, unter anderem durch die wachsende Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften. Demzufolge ist Migration eine massgebliche Voraussetzung für die Entwicklung und die Prosperität des Wirtschaftsraumes Basel.

4. Welche Nachteile sieht die Regierung an der Masseneinwanderung?

Der Regierungsrat betrachtet die Einwanderung nicht in erster Line als problematisch sondern als Bereicherung für das soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben im Kanton Basel-Stadt. Dennoch werden Ängste der Bevölkerung, die mit der Einwanderung in Zusammenhang stehen, ernst genommen. Mit einer transparenten Informationspolitik sucht die Basler Regierung diesen entgegenzuwirken.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin